
Handreichung

Beispiele guter Praxis in der
kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik

Martin Kriemann

Berlin, Juli 2016

Martin Kriemann, B.A. Soziale Arbeit und M.A. Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik, Ausbildungsschwerpunkte und vielfältige Projekterfahrungen in den Themenbereichen Familien-, Kindheits- und Biographieforschung sowie zur Förderung jugendlicher Arbeitssuchender und zum Übergang von der Schule in die Berufswelt. Ausgezeichnete Kenntnisse der qualitativen Sozialforschung, insbesondere der rekonstruktiven Sozialforschung. Lehrtätigkeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Promotionsvorhaben zum Thema „Lebenswelten nach dem Mauerfall - Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungskultur(en) der Nachwende generation“.

Kontakt

Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration (DESI)

Dr. Frank Gesemann

Nymphenburger Str. 2

10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Internet: www.desi-sozialforschung-berlin.de

INHALT

0.	Vorwort	4
1.	Einleitung	5
2.	Handlungsfeld Sprache	6
3.	Handlungsfeld Begegnung	8
4.	Handlungsfeld Bürgerbeteiligung	11
5.	Handlungsfeld Freiwilliges Engagement	12
6.	Handlungsfeld Koordination des freiwilligen Engagements	15
7.	Handlungsfeld schulische und berufliche Integration	19
8.	Handlungsfeld Wohnen	23
9.	Handlungsfeld Gesundheit.....	25
10.	Fazit	27

ANLAGEN

Weitere Handreichungen zu erfolgversprechenden Handlungsansätzen und Beispielen guter Praxis vor Ort.....	28
Aktuelle Veröffentlichungen des DESI Instituts zu den Themen Migration, Flüchtlinge und Integration	29
Pressemitteilung des DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration vom 2. Juni 2016 zur Veröffentlichung der Studie „Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik“	30

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Broschüre informiert über Möglichkeiten der Flüchtlings- und Integrationspolitik von Städten, Landkreisen und Gemeinden aus Sicht von verantwortlichen Akteuren in der Kommunalverwaltung. Die Informationen, auf denen diese Handreichung beruht, wurden in einer Online-Umfrage¹ des DESI - Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Zeitraum vom 25. Januar bis 05. März 2016 erhoben und anschließend ausgewertet. Insgesamt haben sich 273 Kommunen an der Befragung beteiligt, wobei nicht alle Kommunen Angaben zu Beispielen guter Praxis gemacht haben.

Die vorliegende Handreichung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte nur transparent machen, welche Angebote und Projekte von Seiten der Städte, Landkreise und Gemeinden, die sich an der Befragung beteiligt haben, explizit als Beispiele guter Praxis angeführt wurden. Weitere Informationen finden sich im Internet in einer Reihe verschiedener Sammlungen von Beispielen guter Praxis. Informationen hierzu finden sich im Anhang dieser Broschüre.

Diese Broschüre wendet sich vor allem an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, aber auch an zivilgesellschaftliche Akteure. Sie möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Kommunen voneinander lernen können, in dem die Erfahrungen mit Maßnahmen und Projekten, die zum Gelingen von Integration vor Ort beitragen, ausgewertet und weiter verbreitet werden.

Ein großes Dankeschön geht an die Verantwortlichen in den Kommunalverwaltungen, die uns die Informationen zu Beispielen guter Praxis bereitgestellt haben.

Weitere Anregungen nehmen wir gerne unter folgender E-Mail-Adresse entgegen:

info@desi-sozialforschung-berlin.de

Berlin, Juli 2016

Dr. Frank Gesemann

DESI Geschäftsführer

Die Erarbeitung dieser Broschüre wurde aus Eigenmitteln des DESI – Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration finanziert.

¹ Frank Gesemann/Roland Roth 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik – Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.

1. EINLEITUNG

In der Befragung zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik wurden die Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik gebeten, uns Beispiele guter Praxis insbesondere in den Handlungsfeldern Sprache, Bildung und berufliche Bildung, freiwilliges Engagement, Begegnung, Wohnen und Arbeitsmarkt zu nennen, von denen andere Kommunen lernen können. Von dieser Möglichkeit haben 53 der befragten Städte, Landkreise und Gemeinden Gebrauch gemacht. Nach Auswertung der vorliegenden Daten wurden die Handlungsfelder wie folgt benannt:

- Sprache
- Begegnung
- Bürgerbeteiligung
- Freiwilliges Engagement
- Koordination des freiwilligen Engagements
- Schulische und berufliche Integration
- Wohnen
- Gesundheit

Die Handlungsfelder Bürgerbeteiligung, Koordination des freiwilligen Engagements und Gesundheit wurden dabei nicht explizit in der offenen Fragestellung erwähnt, dennoch wurden von Seiten der Befragten Angaben zu diesen Bereichen gemacht. Selbstverständlich wurden daher auch diese Beispiele guter Praxis in der vorliegenden Handreichung aufgeführt. Die Bereiche Bildung und berufliche Bildung sowie Arbeitsmarkt wurden zum Handlungsfeld schulische und berufliche Integration zusammengefasst.

Die Abgrenzung dieser Kategorien ist mitunter schwierig, da in der Praxis keine trennscharfen Abgrenzungen zwischen Handlungsfeldern, wie z. B. Sprache und Begegnung, existieren. Dennoch werden in dieser Broschüre die einzelnen Themengebiete gesondert dargestellt, um eine gewisse Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Weitere Themen, die innerhalb einzelner Handlungsfelder bearbeitet wurden, sind die Bereiche Information und Beratung.

Aus einigen Verwaltungen waren die gegebenen Antworten zur Frage nach Beispielen guter Praxis sehr ausführlich und zudem mit Verweisen auf bereits existierende Artikel und Veröffentlichungen versehen. Von anderen Befragten wurde eher knapp dargelegt, in welchen Bereichen ihrer Meinung nach bereits ‚gelingend‘ gearbeitet wird. In einigen Fragebögen wurden zudem weiterführende Adressen und Kontakte zu *Best-Practice*-Beispielen aufgeführt, die Akteuren in der Flüchtlings- und Integrationspolitik zugänglich sind und das Einholen weitergehender Informationen ermöglichen. Diese weiterführenden Hinweise wurden im Rahmen dieser Handreichung zum Teil mit aufgearbeitet. In der vorliegenden Fassung² wird allerdings fokussiert auf die konkret beschriebenen Beispiele guter kommunaler Praxis durch die Verwaltungen eingegangen. Die verschiedenen Beispiele guter Praxis wurden dabei ausschließlich nach dem Kriterium der zurück gemeldeten Informationen ausgewählt.

² Geplant sind Folgeauflagen, in der zusätzliche Beispiele aus weiteren Kommunen dargestellt werden.

2. HANDLUNGSFELD SPRACHE

Die Bereitstellung ausreichender Sprachlernangebote wird von den Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik als die wichtigste Aufgabe und Herausforderung bei der Aufnahme von Flüchtlingen bewertet (Mittelwert: 4,55).³ 90,2 Prozent der Befragten sehen darin eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe; fast zwei Drittel bewerten sie sogar als sehr wichtig.⁴

Die Beispiele guter kommunaler Praxis im Handlungsfeld Erwerb und Vermittlung der deutschen Sprache als Zweitsprache sowie die zeitlich begrenzte Ausgestaltung von Angeboten zur praktischen Anwendung der Sprache sind sehr vielfältig.

Flächendeckendes Angebot an Sprachkursen im Landkreis Bernkastel-Wittich

„Angesichts stetig steigender Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen wurde in unserem Landkreis ein flächendeckendes Angebot an Sprachkursen geschaffen. Damit bietet der Landkreis den Menschen, die vor Krieg und Elend in ihrer Heimat geflohen sind, von Anfang an die Möglichkeit, über den Erwerb der Sprachkompetenz, selbständig am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ein konkretes Ziel stellt die Orientierung in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld dar, etwa in typischen Alltagssituationen wie z. B. beim Einkaufen, beim Arztbesuch oder im Gespräch mit den Nachbarn. Die Sprachkurse werden über die örtlichen Volkshochschulen angeboten. Inhaltliches Ziel ist das Erreichen des Sprachniveaus A 1 (Hören und Verstehen einfacher Sätze, sowie Fragen beantworten können mit einem ersten Grundwortschatz – nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen, sechs Stufen von A1 (Anfänger) bis C2 (Experten).“

Flüchtlingshilfe im Landkreis Bernkastel-Wittich: <http://www.bernkastel-wittlich.de/fluechtlingshilfe.html>.

Bewährt haben sich zum Erreichen dieses Ziels Kurse, die entweder für einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten oder aber in einem Umfang von ca. 200 Stunden durch die Kommune getragen werden. Einige Kommunen verweisen zudem auf die erfolgreiche Kooperation mit Akteuren der Wirtschaft bei der Akquirierung zusätzlicher finanzieller Mittel für die Durchführung der Sprachkurse.

Zwei Kriterien werden in Bezug auf den Erwerb von Kompetenzen in der deutschen Sprache als besonders positiv bewertet: erstens Sprachlernangebote, die sofort nach der Aufnahme in einer Unterkunft begonnen werden, sowie zweitens Kurse, die z. B. von freiwilligen Fachkräften (ausgebildete Lehrkräfte) an örtlichen Volkshochschulen angeboten und durchgeführt werden.

Ein weiteres positiv bewertetes Modell zur Vermittlung der deutschen Sprache ist das vertiefende Sprachpatenangebot in Grund-, Mittel-, und Förderschulen in Ergänzung zum regulären Deutschunterricht.

³ Absteigende Mittelwerte: Sehr wichtig (5), wichtig (4), eher wichtig (3), eher unwichtig (2), unwichtig (1).

⁴ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (sh. Fn.1), S. 14ff.; S. 39.

Sprachpaten für Flüchtlingskinder in der Region Coburg

Das Projekt „Sprachpaten für Flüchtlingskinder“ ist ein Projekt der Bildungsregion Coburg des MENTOR Lesespaß Coburg e.V.

In diesem Projekt unterstützen ehrenamtliche Sprachpaten ein Jahr lang Kinder beim Deutschlernen. Das Angebot richtet sich an Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die kein oder kaum Deutsch können. Die Sprachpaten treffen sich regelmäßig mit den Kindern in der Schule und üben mit ihnen Deutsch. Zugleich bauen sie dem Kind durch persönliche Zuwendung eine Brücke in die neue Heimat.

<http://coburg.mentor-bundesverband.de/index.php/1076.html>

Projekte wie diese finden während des Unterrichts oder am Nachmittag statt. Sie ergänzen die schulische Unterstützung, können diese aber nicht ersetzen und sind auch nicht mit Nachhilfe-Unterricht zu verwechseln.

Hausaufgabenbetreuung von SchülerInnen für SchülerInnen in der Stadt Rosenheim

Der Erwerb der deutschen Sprache gelingt SchülerInnen mit Fluchterfahrungen auch über Nachhilfe bzw. Hausaufgabenprojekte, die bspw. auf der Peer-to-Peer Ebene verlaufen. SchülerInnen des Ignaz-Günther-Gymnasiums in Rosenheim haben mit ihrer Lehrerin eine Hausaufgabenbetreuung für Geflüchtete ins Leben gerufen, die berufsschulpflichtigen AsylbewerberInnen im Berufsintegrationsjahr (BIJ) beim Lernen helfen.

<http://www.buergerstiftung-rosenheim.de/>

Von solchen sprachorientierten Projekten profitieren SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte gemeinsam. Fortschritte bei der Integration werden dabei über das Handlungsfeld Sprache hinaus gemacht. Die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, der Erwerb interkultureller Kompetenz und die Steigerung der Akzeptanz durch Kooperation auf allen beteiligten Seiten zeigen, wie Integration gelingen kann.

Gute Erfahrungen bei Angeboten zur Förderung der Sprachkompetenz werden zudem mit Sprachkursen gemacht, die explizit für erwachsene Geflüchtete mit Kindern angeboten werden. Hier wird parallel zum Sprachkurs entweder eine Kinderbetreuung angeboten oder Mutter-Kind-Kurse werden mit Sprachförderung verknüpft.

Weitere Formen zum Erwerb von Kompetenzen in der deutschen Sprache sind z. B. spezielle Angebote für Analphabeten, die Einrichtung eines Sprachlabors zur zusätzlichen Deutsch-Übung am Computer oder informelle Angebote wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Nutzungszeiten (z. B. im Rahmen eines Cafés für Geflüchtete).

Dass es über den Erwerb von Sprachkompetenzen möglich wird, sich mit den Menschen in der Nachbarschaft zu verständigen, wird von den Befragten als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Integration in die örtliche Gemeinschaft verstanden.

Hierbei werden ausreichend qualifizierte, mehrsprachige SprachmittlerInnen, die an Schulen, in Kindergärten, Beratungsstellen und bei Behörden übersetzen und zwischen Kulturen vermitteln, eine herausragende Rolle zugewiesen. SprachmittlerInnen werden von verschiedenen Verwaltungen als „außerordentlich wertvoll“ eingeschätzt.

In der Stadt Kempten werden bspw. gezielt geschulte SprachmittlerInnen in allen Schulen eingesetzt, um die Lehrkräfte bei der Sprachförderung zu unterstützen.

Ehrenamtlicher Dolmetscherdienst im Kreis Düren

Im Kreis Düren hat sich seit einigen Jahren der ehrenamtliche Dolmetscherdienst etabliert, in welchem die Ehrenamtlichen auch als IntegrationslotsInnen angesehen werden, da „sie viel mehr leisten als die reine Übersetzungsarbeit“. Den DolmetscherInnen werden regelmäßig Fortbildungen und Vernetzungstreffen zum Erfahrungsaustausch angeboten.

Der Einsatz der rund 100 DolmetscherInnen wird mit einer Aufwandsentschädigung von 20 Euro je Einsatz honoriert und wurde allein im Jahr 2015 ca. 800 Mal in Anspruch genommen. Durch den Anstieg der Zuzugsrate der Geflüchteten und des damit verbundenen erhöhten Bedarfes hat der Kreis Düren eine sozialpädagogische Fachkraft (10 h/Wo) für die Projektbegleitung eingesetzt.

Erfolge werden insbesondere bei einer positiven Änderung der Haltung gegenüber den Geflüchteten und im Umgang mit diesen in Kreisverwaltung, Bildungseinrichtungen sowie teilweise auch in Krankenhäusern sichtbar.

Beitrag von Sybille Haußmann, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Kreis Düren u. a. zum Dolmetscherdienst: „Ehrenamtliche sind unverzichtbar für erfolgreiche Arbeit im Kreis Düren“, http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/sites/default/files/public/system/steckbriefe/beitrag_ki_kreis_dueren.pdf

Neben SprachmittlerInnen werden vor allem leicht zugängliche Informationen in den Sprachen der Zugewanderten als hilfreiches Instrument zur Orientierung in der neuen Umgebung verstanden.

Handreichung „Willkommen - Vielfalt in Göttingen“

Das Büro für Integration in Göttingen hat eine mehrsprachige Informationsbroschüre zur ersten Orientierung der Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in ihrer neuen Umgebung im Internet veröffentlicht. Sie beinhaltet Angebote, die für MigrantInnen und ihre Familien hilfreich sein können. Diese Dokumentation soll auch den vielen Ehrenamtlichen als nützliche Informationsquelle dienen.

https://www.goettingen.de/pics/medien/1_1429717142/Erste_Schritte_zur_Orientierung.pdf

Projektübergreifend wird insbesondere die über einige Jahre gewachsene Struktur der Angebote hervorgehoben, die bereits vor der aktuellen Flüchtlingssituation (z. B. Sprachmittlerangebote in der Stadt Heilbronn) Bestand hatten und sich nun auch vor dem Hintergrund der rasant gestiegenen Zuwanderung von Flüchtlingen als gelingende Projekte in den Kommunen erweisen.

Finanzelle Einsparungen in diesem Handlungsfeld werden als Verlust einer der wichtigsten Maßnahmen zur gelingenden Integration wahrgenommen, selbst wenn der rein quantitative Bedarf einer Kommune stagniert oder sinkt. Begründet wird das damit, dass gerade Projekte zum Erwerb der deutschen Sprache, die sich *ohne* akuten Handlungsdruck entwickelten und etablierten, Ressourcen vorhalten, die in Situationen mit erhöhtem Handlungsbedarf als Entlastung der Kommune wahrgenommen werden.

3. HANDLUNGSFELD BEGEGNUNG

Mehr als sechs von zehn Kommunen bezeichnen die Förderung interkultureller Begegnungen als eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (61,3 %;

Mittelwert: 3,68).⁵ Zu den wichtigsten Ressourcen in der Kommune gehören zudem das starke ehrenamtliche Engagement, aktive Willkommens- / Flüchtlingsinitiativen, Engagement und Offenheit von Vereinen sowie die positive Grundstimmung und Offenheit in der Bevölkerung gezählt, allesamt Voraussetzungen und Gelingensbedingungen für Begegnungen zwischen alteingesessener Bevölkerung und neu Zugewanderten bzw. Geflohenen.

Für die gelingende Integration in die Nachbarschaft werden in vielen Kommunen gezielt Kontaktmöglichkeiten geschaffen, in denen sich die Neuankommenden mit der Wohnbevölkerung vor Ort sowie anderen Menschen mit Migrationserfahrungen treffen und austauschen können. Diese Begegnungsmöglichkeiten können äußerst vielfältig gestaltet sein: Bereitstellung von Räumlichkeiten zum ungezwungenen Beieinander-Sein, Unterstützung durch Fachkräfte der Flüchtlingshilfe zur Orientierung im neuen Umfeld, Bereitstellung von Integrationsmitteln für Begegnungsfeste in den Stadtteilen, Unterstützung bei der Bildung von Bündnissen und lokalen Partnerschaften zur Stärkung demokratischer Strukturen sowie Einbeziehung des bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagements.

Es hat sich bei der Auswertung der vorhandenen Daten gezeigt, dass Projekte zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten im Sozialraum zu einem großen Teil durch freiwilliges bzw. bürgerschaftliches Engagement initiiert und durchgeführt werden. Dabei hat sich vielerorts bewährt, dass dieses Engagement durch professionelle Akteure der Verwaltungen und der Wirtschaft aufgegriffen und begleitet sowie durch öffentliche Mittel mitgetragen und gestärkt wird und damit Anerkennung erfährt.

Eine grundlegende Erfahrung der Kommunen ist, dass die Bereitschaft zur Schaffung von Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten deutlich höher ist, wenn die freiwilligen OrganisatorInnen nicht zusätzlich zum eigenen persönlichen Engagement noch finanzielle Eigenmittel investieren müssen (z. B. Geld zur Raumanmietung etc.), sondern auf konkret dafür bereitgestellte Integrationsmittel zurückgreifen können.

Für die Umsetzung von Kleinprojekten zur Stärkung einer sichtbaren und gelebten Willkommenskultur und gegen Fremdenfeindlichkeit haben sich lokale Partnerschaften bewährt.

Ein Beispiel für Freiwilliges Engagement im Handlungsfeld Begegnung ist das Café Asyl in der Stadt Daun im Landkreis Vulkaneifel (Rheinland-Pfalz).

Café Asyl in der Stadt Daun

Im Haus der Jugend findet regelmäßig, einmal wöchentlich, das Begegnungs-Café statt. Dort treffen sich ganz zwanglos und mit großem Erfolg Alte und Junge, Zugewanderte, Anwohner aus der Nachbarschaft, Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund zum Gespräch, Spiel und Austausch von Informationen. Das Café entstand auf Initiative einer Sozialarbeiterin und einiger Senioren. Hervorzuheben ist an diesem Projekt, dass sich Geflüchtete auch untereinander helfen und bestärken und mit den Erfahrungen, die sie im Prozess des Ankommens gemacht haben, ein Wissen für die Neuankommenden bereitstellen, das nur wenige andere vermitteln können. Überdies sind an dieses Café Sprachkurse (wie z. B. „Deutsch im Handwerk“) und eine Mitmachwerkstatt angeschlossen, in der Erlerntes sofort praktisch umgesetzt werden kann. Ein Synergieeffekt aus der Verbindung von Arbeit mit alten und geflüchteten Menschen ist, dass die Erfahrungen in der Gemeinschaft von alten und jungen Menschen, Geflüchteten und Ehrenamtlichen generationsübergreifend über Gefühle der

⁵ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (sh. Fn. 1), S. 14ff.

Stagnation und Isolation hinweghelfen und neue Potentiale, im Sinne sozialen Kapitals, erschließen können.

<http://www.hdj-daun.de/index.php/cafe-asyl/cafe>

Arbeitskreis Flüchtlinge in der Gemeinde Wäschenbeuren

Ein Unterstützungsnetzwerk und persönliche AnsprechpartnerInnen sind für die Geflüchteten von Anfang an wichtig. In Wäschenbeuren gibt es seit zwei Jahren einen Arbeitskreis Flüchtlinge mit einem gewissen finanziellen Budget. Bei Zuweisung bzw. Anmeldung der Flüchtlinge werden VertreterInnen des Arbeitskreises informiert und heißen die Familien persönlich willkommen. Sie übergeben dabei einen Flyer mit Informationen und stellen die jeweilig zugeordneten HelferInnen für die entsprechenden Familien vor.

[http://www.waeschenbeuren.de/index.php?id=34&tx_hwnews_hwnews\[newsartikelid\]=227&tx_hwnews_hwnews\[action\]=show&tx_hwnews_hwnews\[controller\]=Newsartikel&cHash=a54fe3fd8e68392f7e9d4a431f8212b1](http://www.waeschenbeuren.de/index.php?id=34&tx_hwnews_hwnews[newsartikelid]=227&tx_hwnews_hwnews[action]=show&tx_hwnews_hwnews[controller]=Newsartikel&cHash=a54fe3fd8e68392f7e9d4a431f8212b1)

Projekt „The Sound of Peace“ in der Stadt Bremerhaven

Ein Beispiel für ein Projekt, das durch die Kooperation von Akteuren aus der Verwaltung, aus der Wirtschaft und Bildungseinrichtungen sowie des Freiwilligen Engagements heraus entstand, ist das Musikprojekt „The Sound of Peace“ in Bremerhaven. 40 Kinder mit und ohne Fluchthintergrund haben über einen Zeitraum von fünf Monaten gemeinsam in einem Chor ein Konzert eingeübt (moderne Musik, Dichtung und Tanz) und das Projekt mit einer öffentlichen Aufführung abgeschlossen. Das Projekt wurde initiiert und durchgeführt von der Privatperson Anne Schmeckies in Kooperation mit den Kaufmännischen Lehranstalten Bremerhaven (KLA) und dem Sozialamt des Magistrats der Seestadt Bremerhaven, zusammen mit dem Jugendgospelchor Soulkeepers, neu eingewanderten Kindern und Jugendlichen sowie der VHS Bremerhaven, unterstützt durch die swb-Bildungsinitiative, gefördert durch die Liz Mohn Musik- und Kulturstiftung. Anne Schmeckies sagt hierzu, dass das Projekt ein gelungenes Beispiel dafür sei, „dass - wenn alle an einem Projekt beteiligten Menschen/ Institutionen ihre Ressourcen teilen - ein menschliches Miteinander auf einer Augenhöhe gelebt werden kann“.

<http://ups-schulen.de/newsletter/02-2015/the-sound-of-peace/>

Einige weitere gelungene Beispiele für Projekte, die Begegnung mit anderen Menschen ermöglichen und damit Integration für Geflüchtete erfahrbar machen, sind Projekte, die gezielt Frauen ansprechen und einen sicheren Rahmen bieten, um sich auszutauschen, wie etwa regelmäßige „Internationale Frauenfrühstücke“ und Kochprojekte. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Projekten, die geschlechtsunabhängig Geflüchtete ansprechen und sich durch Regelmäßigkeit und/oder zielorientiertes Hinarbeiten auf einen gemeinsamen Projektabschluss auszeichnen, wie etwa der Aufbau eines Weihnachtsmarktes, die Renovierung eines Aussichtspavillons, Kochtreffs, Kleiderbasare, Gartenprojekte, Umwelttage und verschiedene Musikprojekte, die feste Bestandteile des Gemeinschaftslebens einer Gemeinde werden können. Einer besonderen Rolle kommen hierbei Anliegerfeste und -versammlungen in Gemeinschaftsunterkünften zu, bei denen die ortsansässige Bevölkerung die Gelegenheit erhält, sich mit eigenen Vorannahmen über das Leben Geflüchteter in Deutschland auseinanderzusetzen und Diversität als Bereicherung zu erleben.

Was die meisten der aufgeführten Beispiele gemeinsam haben ist, dass sie zum einen durch verschiedene KooperationspartnerInnen getragen werden und des Weiteren regelmäßig stattfinden und damit zur festen Anlaufstelle für Geflüchtete werden. Damit ist das Potenzial verbunden, den eigenen Alltag zu strukturieren und ganz praktische Unterstützung im täglichen Leben zu erfahren.

Nicht nur für Menschen mit Fluchterfahrungen sind Projekte, die Begegnung ermöglichen von Bedeutung, sondern auch für die örtliche Bevölkerung. So wird beschrieben, dass trotz einer „sehr großen Hilfsbereitschaft“ auch eine „große Verunsicherung der Bevölkerung“ feststellbar sei. Die vagen und zu großen Teilen unbegründeten Ängste der Bevölkerung – hier in erster Linie ein Anstieg der Kriminalität – seien auf Unsicherheiten zurückzuführen, die durch die Anonymität der AsylbewerberInnen entstehen. So seien Begegnungsmöglichkeiten auch für die örtliche Bevölkerung elementar wichtig, um unter Begleitung örtlicher Initiativen in direkten Kontakt mit den Asylsuchenden zu treten und in gemeinsamen Projekten gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und zu bewältigen.

Projekt „Interkultureller Dialog zur Aktivierung und Partizipation von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“ in der Stadt Essen

Das Projekt verfolgt das Ziel, Jugendliche in schulischen und außerschulischen Dialoggruppen unter der Anleitung von qualifizierten, mehrsprachigen ModeratorInnen in wöchentlich stattfindenden Gesprächsrunden für politische Bildung zu aktivieren und mit ihnen gemeinsam einen differenzierten Umgang mit Themen wie Demokratie, Toleranz und Religion zu erarbeiten. Das Projekt soll extremen politischen und religiösen Haltungen bei jungen Menschen präventiv entgegenwirken. Positive Effekte des Projekts sind neben der Stärkung der Demokratieerziehung bei jungen Menschen, die Professionalisierung der Jugendarbeit in den Moscheen (Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach §78 KJHG), die Weiterführung der Dialog-Gruppen durch die Jugendlichen auch über das Auslaufen der schulischen Gruppen sowie die Gründung des Vereins Gedankenwerk, indem die ModeratorInnen die Praxis des dialogischen Ansatzes sichern und in andere Handlungsfelder übertragen.

Evaluationsbericht: <https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/EvaluationdesProjektsInterkulturellerDialogzurAktivierungundPartizipationvonJugendlicheninderEinwanderungsgesellschaft.pdf>

4. HANDLUNGSFELD BÜRGERBETEILIGUNG

Die Information und Einbindung der Bevölkerung z. B. durch Bürgerversammlungen gehört aus Sicht der Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik zu den wichtigsten Aufgaben bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. 84,3 Prozent der Befragten sehen darin eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe (Mittelwert: 4,22).⁶

Eine frühzeitige Einbindung der ortsansässigen Bevölkerung in Planungen und Umsetzungen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist wichtig, um die Akzeptanz der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik zu erhöhen, das Engagement der Bevölkerung für Flüchtlinge zu fördern und fremdenfeindlichen Initiativen und Protesten entgegenzuwirken.

⁶ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (sh. Fn. 1); S. 14ff.; S. 39.

Konzept „Lübecker Weg“

In Lübeck erfolgt im Rahmen des Konzepts „Lübecker Weg“, eine frühzeitige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung in die Entscheidungs- und Planungsprozesse einzubeziehen. Durch den transparenten und offenen Umgang mit politischen Entscheidungen wird für die Bevölkerung Planungssicherheit hergestellt und Partizipation ermöglicht.

http://www.luebeck.de/lvw_docs/forms/2/2_500/Der_L_becker_Weg.pdf

Nur wenige Kommunen geben allerdings an, konsequent für jede neu geschaffene Wohneinheit ein Belegungskonzept unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu erstellen.

Runder Tisch „AsylWorms“

In Worms wurde ein runder Tisch gegründet, an dem BürgerInnen, BefürworterInnen und GegnerInnen und der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik, gemeinsam ins Gespräch kommen.

<http://www.asylworms.de/tag/runder-tisch/>

In Worms werden zudem Bürgerversammlungen abgehalten, die inhaltlich und methodisch auf Beteiligung und Austausch der teilnehmenden BürgerInnen angelegt sind (World-Café-Methode). Anliegerfeste und -versammlungen in Gemeinschaftsunterkünften sowie ein gemeinsames Auftreten von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und der Verwaltung helfen, die Akzeptanz der Unterkünfte in der Region sowie der Flüchtlings- und Integrationspolitik im Allgemeinen zu erhöhen.

Im Bereich der Akzeptanz der Flüchtlings- und Integrationspolitik hat sich bewährt, lokale Partnerschaften für Demokratie einzugehen, in der Mitarbeitende der Verwaltungen und Ehrenamtliche gemeinsam Kleinprojekte für eine bessere Willkommenskultur und gegen Fremdenfeindlichkeit umsetzen. Die Etablierung einer sichtbaren Willkommenskultur wird in einigen Verwaltungen dadurch gefördert, dass Menschen mit Migrationshintergrund und eigenen Fluchterfahrungen sowie entsprechenden Sprachkenntnissen aus den Herkunftsländern, als MitarbeiterInnen gewonnen werden.

5. HANDLUNGSFELD FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Das starke ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung ist für die befragten Kommunen die zentrale Ressource für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen: 88,4 Prozent der befragten Städte, Landkreise und Gemeinden bewerten das als sehr zutreffend oder zutreffend. Drei von vier Kommunen verweisen besonders auf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen (77 %) und heben das Engagement und die Offenheit ihrer Vereine hervor (74,6 %). Etwas mehr als zwei Drittel der Befragten sehen zudem in der positiven Grundstimmung der Bevölkerung (67,9 %) eine Ressource.⁷

Die Anerkennung und Wertschätzung des freiwilligen Engagements ist auf Seiten der Akteure in der Kommunalverwaltung sehr hoch. Dabei werden sowohl das Engagement von Trägern (z. B. Kirchen, Initiativen, Vereine etc.) als auch von Einzelpersonen als wichtige und notwendige Ressourcen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik gewürdigt.

Von SchülerInnen über Studierende, Arbeitsuchende und Beschäftigte, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, bis hin zu RentnerInnen reicht das bürgerschaftliche Engagement in vielen Teilen Deutschlands:

⁷ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (Fn. 1), S. 16f.

Ehemalige LehrerInnen unterrichten die Flüchtlinge in der deutschen Sprache, ehrenamtliche StudentInnen beraten sie in ihren Rechten und Pflichten. RentnerInnen betreiben gemeinsam mit Geflüchteten Fahrradwerkstätten oder beteiligen sich an regelmäßigen Treffs. Ehrenamtliche Jugendliche sind, neben vielen weiteren spezifischen Aufgabenfeldern, regelmäßig in der Hausaufgabenbetreuung der Kinder tätig.

Durch den Einsatz der Ehrenamtlichen ist es für die Geflüchteten u. a. möglich, gute Schulabschlüsse zu erlangen und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Durch die Bereitstellungen von Sachmitteln kann zudem die Lebensqualität der Geflüchteten erhöht werden. Menschen mit Fluchterfahrungen haben durch die direkte Unterstützung der Bevölkerung das Gefühl, in der Kommune willkommen zu sein („Den Flüchtlingen wird mit dieser Unterstützung quasi die Hand gereicht“, Stadt Münster).

Maßnahmen in Kirchen, freien Verbänden oder auch private Unterstützung ohne Anbindung an bereits bestehende Unterstützungsstrukturen fördern erheblich die Schritte der Integration und entlasten die Kommunen. Sie tragen überdies dazu bei, die Akzeptanz der Geflüchteten in der Bevölkerung zu erhöhen.

Die Stadt Münster legt in ihrer konzeptionellen Arbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Akquise und Begleitung der ehrenamtlichen Arbeit in den Flüchtlingseinrichtungen und den Stadtteilen. Die neuen Flüchtlingseinrichtungen wurden dabei nach einem Konzept errichtet, das aus Ergebnissen eines Mediationsprozesses zwischen unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft und der Verwaltung hervorgegangen ist. Die Stadt fördert durch geringe Projektmittel und den Austausch der Beteiligten die Vernetzung und/oder den Erhalt der Angebote.

Das freiwillige Engagement ist so vielfältig, dass eine dezidierte Darstellung der vielen Angebote und Projekte den Rahmen dieser Broschüre bei weitem überschreiten würde. Dennoch sollen einige wenige hier aufgeführt werden, um einen Einblick zu ermöglichen.

Arbeitskreis Flüchtlingshilfe in der Gemeinde Freudental

Aus dem Arbeitskreis Flüchtlingshilfe in Freudental, der durch ehrenamtliche HelferInnen gegründet wurde, entstanden Patenschaften für die Flüchtlinge sowie ein Deutschkurs (2 x in der Woche), der von einer pensionierten Lehrerin geleitet wird. Zudem wird in der Zeit des Deutschkurses eine Kinderbetreuung ermöglicht. Keine Internetpräsenz, nur Zeitungsartikel aus Lokalpresse

Virtueller DolmetscherInnenpool im Landkreis Mayen-Koblenz

Die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz beteiligt sich an einem Modellprojekt und unterhält einen eigenen ehrenamtlichen Dolmetscherpool mit derzeit rund 30 DolmetscherInnen, die im Haus und mit MitarbeiterInnen bei Außenterminen dolmetschen.

https://www.kvmyk.de/kv_myk/Unsere%20Themen/Aus%3%A4nder%20&%20Integration/Hilfen%20of%3BCr%20Fl%3BChtlinge/Virtueller%20Dolmetscherpool/

Projekt „Patent“ im Kreis Gütersloh

Seit Januar 2016 wurde das Projekt „Patent“ (= Paten-Teams) initiiert. Es ist eine auf eine Dauer von 6 Monaten festgelegte Patenschaft zwischen einer ehrenamtlich engagierten Person und einem Flüchtling oder einer Flüchtlingsfamilie. Grundlage ist ein „Vertrag“ über Betreuungsinhalt und Intensität.

Informationen zur Flüchtlingsarbeit in den Kommunen des Kreises Gütersloh: https://www.kreis-guetersloh.de/thema/130/sr_seiten/artikel/112180100000063284.php

Flüchtlingsnetzwerk der Kreuzkirche Bremerhaven

In Bremerhaven wird die ehrenamtliche Integrationsarbeit u. a. durch Patenschaften ermöglicht. Die PatInnen sind über ein offenes Netzwerk verbunden, in dem auch Geflüchtete Mitglieder sind.

<http://www.kreuzkirche-bremerhaven.de/seite/219679/fluechtlingsnetzwerk.html>

Sprachkurse für Kinder in Bibliotheken in der Gemeinde Wäschenbeuren

Im Rahmen der Flüchtlingsarbeit in Wäschenbeuren werden neben alltäglichen Hilfestellungen auch Sprachkurse, ein 14-tägiges Flüchtlingscafé sowie Sonderveranstaltungen zu Weihnachten etc. geboten. Geplant sind in nächster Zeit Kooperationen mit der örtlichen Jugendarbeit und der Bibliothek, um die Geflüchteten stärker in die Gesellschaft einzubinden.

http://arbeitskreis-fluechtlinge-waescheneuren.de/?ecwd_venue=bibliothek-waescheneuren

Vernetzung der Integrationspolitik mit der Jugendsozialarbeit im Jugendbüro der Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach

Das Jugendbüro ist ein Ort der Begegnung, an dem sich junge Leute gegenseitig über ihre persönlichen Erfahrungen, gerade in Konfliktsituationen austauschen und voneinander lernen können.

Die Hauptaufgabe des Jugendbüros besteht in der Bereitstellung eines umfassenden Beratungsangebots für junge Menschen. Überdies werden Integrationsangebote, wie interkulturelle Frühstücke, Sprachkurse, Informationen und Hilfen bei der Antragsstellung und die Vermittlung ehrenamtlichen Engagements angeboten.

<http://www.jugendbuero-ramstein.de/>

In sehr vielen Kommunen haben sich verschiedene Arbeitskreise aus ehrenamtlich Engagierten gegründet. Die Koordination der Arbeitskreise übernehmen Verwaltungen oder Kirchengemeinden gemeinsam mit bürgerlichen Initiativen. Die Arbeitskreise widmen sich den Themen: Willkommenskultur, Sprache bis hin zu Patenschaften, Spielkreise für Kinder, Integration in das Vereinsleben, Integration über gemeinnützige Tätigkeit in den Arbeitsmarkt, sowie die Organisation von Spendenaktionen (Sach- und Geldspenden). Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wird von vielen Verwaltungen als „sehr groß“ beschrieben.

Netzwerk Flüchtlingshilfe in der Stadt Werdohl

Die bürgerschaftlich organisierte Flüchtlingshilfe Werdohl ist „beispielhaft organisiert und aufgestellt“ beschreibt die Verwaltung der Kommune. Sie wirkt in fast alle Bereiche der sozialen Betreuungsaufgaben für Flüchtlinge und initiiert und begleitet längerfristig angelegte Integrationsprozesse.

<http://www.werdohl.de/Ehrenamtliche-Fluechtlingshilfe-Werdohl.563.0.html>

VOR.ORT – Qualifizierung von Freiwilligen im ländlichen Raum zur Arbeit mit Flüchtlingen in Bayern

Im Rahmen des Projektes werden seit 2014 engagierte Einzelpersonen und lokale Initiativen aus dem ländlichen Raum in der Asylarbeit beraten, qualifiziert und vernetzt. Gleichzeitig wird einer breiten Öffentlichkeit ein Basiswissen vermittelt, um Ressentiments gegen Flüchtlinge abzubauen, neue Ehrenamtliche zu gewinnen und eine fortlaufende Unterstützung der Geflüchteten zu sichern.

<http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/62847.asp?version=mobile>

Ausbildung und Koordination von IntegrationslotsInnen in der Stadt Westerstede

Die Arbeit von IntegrationslotsInnen wird in vielen Kommunen weiter gefördert und ausgebaut. Die „Apothekervilla“ bietet in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Ausländischen Freundschaftsverein Westerstede und der Kreisvolkshochschule Ammerland einen Integrationslotsenkurs an. Zudem wurde für die IntegrationslotsInnen vor Ort eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

www.apothekervilla.de

6. HANDLUNGSFELD KOORDINATION DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS

Die Förderung und Koordination ehrenamtlichen Engagements ist für 88,4 Prozent der befragten Städte, Landkreise und Gemeinden eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe in der kommunalen Flüchtlingspolitik. Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen in der Koordination des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung sogar eine wichtige Ressource für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen (68,9 % sehr zutreffend/zutreffend). Zugleich erkennen mehr als drei Viertel der Befragten in der Stärkung von Koordination und Begleitung des Ehrenamts einen besonderen Unterstützungsbedarf ihrer Kommune (77,2 % sehr wichtig/wichtig). Fast sechs von zehn Befragten bewerten zudem die Ausweitung der kommunalen Engagementförderung als sehr wichtigen oder wichtigen Schritt für die Flüchtlings- und Integrationspolitik ihrer Kommune (57,8 %).⁸

Neben einem flächendeckenden, wohnortnahen Sprachkursangebot, der Schaffung von Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten sowie der frühzeitigen Einbeziehung der ortsansässigen Bevölkerung in die Flüchtlings- und Integrationspolitik, ist die Unterstützung und Koordination der vielen ehrenamtlichen HelferInnen wichtig, die sich vor Ort in Vereinen, Initiativen und Gruppen im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren.

Dazu gehört u. a. die Qualifizierung der Ehrenamtlichen durch die Schaffung eines Informations- und Schulungsangebotes. Damit sollen die ehrenamtlichen HelferInnen in der Flüchtlingsarbeit befähigt werden, ihre Tätigkeit sowohl fachlich fundiert als auch auf der persönlichen Ebene gut reflektiert auszuüben.

⁸ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (Fn. 1), S. 13ff.

Kommunales Integrationszentrum im Kreis Unna

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) bietet Fortbildungen und Informationsveranstaltungen für ErzieherInnen, Lehrkräfte und SozialpädagogInnen, ehrenamtlich Tätige und andere Berufsgruppen an. Dabei werden in Online-Veröffentlichungen Konzepte, bereits erreichte Schritte sowie zukünftige Aufgaben und Ziele dem interessierten Publikum zugänglich gemacht. Transparenz der Flüchtlings- und Integrationspolitik ermöglicht Beteiligung und Akzeptanz der Geflüchteten sowie der Flüchtlings- und Integrationspolitik der Kommune in der Bevölkerung.

http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/leben_im_kreis/auslaender_und_integration.html

Eine weitere wesentliche Handlungsherausforderung der Verwaltungen ist die Koordination des freiwilligen Engagements und die effektive Verbindung der bestehenden Angebotsstruktur.

Dabei ist es auf der einen Seite notwendig, das bereits bestehende ehrenamtliche Engagement zu erfassen und Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen und sich auf der anderen Seite an bereits bestehenden Projekten zu beteiligen bzw. „Lücken“ in der Angebotsstruktur zu erfassen und ggf. fehlende Angebote zu schaffen. Darüber hinaus sollten die Informationen über die Unterstützungsmöglichkeiten allen Ratsuchenden möglichst schnell und niedrigschwellig zur Verfügung stehen.

Beraterin für ehrenamtliche Arbeit im Bereich Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Stuttgart

In Stuttgart wurde im Mai 2015 die Stelle einer Beraterin für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit beim Sozialamt eingerichtet. Die Idee für diese Stelle mit Beratungsfunktion entstand im städtischen Lenkungskreis Flüchtlinge und am Runden Tisch der Bürgerstiftung. Die „Ehrenamtsberaterin“ soll vorhandene Daten über Weiterbildungsangebote und relevante AnsprechpartnerInnen sammeln, analysieren, gliedern und einer breiten Öffentlichkeit auf einer Website zugänglich machen. Zum Aufbau eines bedarfsgerechten Beratungsangebotes werden aufsuchende Gespräche mit Ehrenamtlichen in den Unterkünften geführt.

Projekte, die von Ehrenamtlichen getragen werden, schaffen gegenseitiges Verständnis zwischen BürgerInnen der Gemeinde und den Menschen mit Fluchterfahrungen. In diesem Sinne fungieren die Ehrenamtlichen als MultiplikatorInnen, die ihre Erfahrungen im Umgang mit den Flüchtlingen in die jeweiligen Lebenswelten und Sozialräume einbringen und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung für die neuen Mitglieder der Gemeinschaft erhöhen. Umso wichtiger ist es daher, ehrenamtliches Engagement professionell zu begleiten und durch aktive Beteiligung der Verwaltungen zu gewährleisten, dass weiterhin positive Effekte aus dem Engagement von BürgerInnen entstehen.

Viele Kommunen beteiligen sich deshalb ganz konkret an der Arbeit der Ehrenamtlichen, z. B. durch die Schaffung einer Koordinationsstelle der Flüchtlingshilfe bzw. eines Freiwilligenmanagements, in der ausgebildete pädagogische Fachkräfte oder Mitarbeitende der Verwaltungen Aufgaben der Steuerung, Vernetzung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements übernehmen. Diese Koordinations- und Vernetzungsstrukturen werden stetig weiterentwickelt.

Die Koordinationsstellen Flüchtlingshilfe bzw. Freiwilligenmanagement haben sich darüber hinaus als erste Anlaufstelle für BürgerInnen, Ehrenamtliche und VertreterInnen der Kommunen etabliert. Daneben werden hier Informationen zu bereits vorhandenen Angeboten und deren Trägern in der Kommune gesammelt und bestehende Hilfen koordiniert. Diese Daten werden öffentlich gemacht und bspw. auf den Internetseiten der Kommunen präsentiert und stetig fortgeschrieben. Darüber

hinaus planen einzelne Kommunen (z. B. in Verbindung mit dem Geographischen Informationssystem (GIS) eine Informationsplattform für ehrenamtliche Akteure in Form einer geografischen Übersicht und einer Routingfunktion für Asylsuchende.

Netzwerk Flüchtlingshilfen im Raum Mayen

Ein bestehendes Beispiel für ein öffentlich zugängliches Informationsmedium ist die Social-Media-Plattform „Netzwerk Flüchtlingshilfen“ im Raum Mayen. Die Plattform wird von engagierten BürgerInnen und Gruppen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Mayen betrieben. Die Netzwerkplattform ermöglicht den fachlichen Austausch innerhalb der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Die Akteure der Flüchtlingshilfe und die Geflüchteten erhalten hierdurch die Möglichkeit, Informationen zusammenzustellen und eine gemeinsame Wissensdatenbank anzulegen.

<http://www.ankommen-mayen.de/>

Frei-Net Datenbank-online in der Stadt Osnabrück

Auch in Osnabrück gibt es eine Plattform, auf der Angebote zum freiwilligen Engagement für und mit Flüchtlinge/n dargestellt werden.

http://www.freinet-online.de/hp/freinet/agentur/530/Freiwilligen_Agentur_Osnabrueck/9

Datenbank zu Angeboten für Flüchtlinge und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit in der Stadt Göttingen

Im Rahmen einer Online-Befragung wurden Angebote für Flüchtlinge als *Best-Practice*-Beispiele gesammelt. Diese Liste wird, neben einer Liste mit Angeboten für Ehrenamtliche seitdem in regelmäßigen Abständen aktualisiert und online zur Verfügung gestellt.

<https://www.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1913&topmenu=308>

Einbettung von Datenbanken in ein übergeordnetes Integrationskonzept: Projekt „Helfen aber wie?“ in der Stadt Osnabrück

Das Konzept „Helfen aber wie?“, dessen Teil diese Datenbank ist, ist im Internet veröffentlicht. Die Freiwilligen-Agentur der Stadt Osnabrück hat das Konzept gemeinsam mit dem Fachdienst Integration und Akteuren der Flüchtlingssozialarbeit entwickelt, um die Angebote der freiwilligen HelferInnen in Osnabrück zu koordinieren. Schwerpunkte der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit sind dort die Sprachförderung, Begleitung, Projekte für junge Männer, Verbindungslotsen zwischen Professionellen und anderen Ehrenamtlichen sowie die Erfassung von Angeboten zum freiwilligen Engagement für und mit Flüchtlinge/n.

http://www.osnabrueck.de/fileadmin/eigene_Dateien/2015-09-28-Helfen-Aber-wie-Kurzkonzept-2015.pdf

Koordinierungsstab Flüchtlingsarbeit in der Stadt Osnabrück

Die Verwaltung der Stadt Osnabrück hat einen Koordinierungsstab Flüchtlingsarbeit einberufen. Dieser ist die zentrale Stelle, in der Aufgaben gebündelt sowie Initiativen und Projekte abgestimmt werden.

Zudem wurde hier eine verwaltungsinterne Datenbank Migration (2016) eingerichtet, die einen Überblick über die Anzahl der Flüchtlinge im Asylverfahren, deren Unterbringungsort und darüber hinaus eine geschlechterspezifische und altersgruppierte Darstellung für Steuerungs- und Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit in Sachen „Flüchtlinge“ oder „Migration“ ermöglicht. Personenbezogene Daten werden in dieser Datenbank geschützt.

<http://www.osnabrueck.de/start/aktuelles/news/koordinierungsstab-fluechtlingsarbeit-eingerichtet-information-und-planung.html>

Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfe im Landkreis Mayen-Koblenz

Im Landkreis Mayen-Koblenz wird aus Mitteln des Jobcenters und des Asyl- und Integrationsfonds (AMIF) ein Projekt (Projekt „Migration und Koordination MYK“) gefördert, an dem sich die Kreisverwaltung insofern personell beteiligt, als die Projektleitung durch die Koordinationsstelle der Flüchtlingshilfen erfolgt. Das Projekt MiKo-MYK verfolgt vor allem zwei Handlungsziele: die Vernetzung der Flüchtlingshilfe und die interkulturelle Öffnung.

Diese beiden Handlungsziele bilden sich dabei zum einen in Form der Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Erstanlaufstellen auf institutioneller Ebene ab und zum zweiten werden im Rahmen der interkulturellen Öffnung Maßnahmen zur Verbesserung des interkulturellen Dialogs und der Erweiterung des Austausches zwischen religiösen und staatlichen Organisationen unter- und miteinander sowie deren Anbindung an bestehendes bürgerschaftliches Engagement ermöglicht.

http://www.kvmyk.de/kv_myk/Unsere%20Themen/Ausl%C3%A4nder%2026%20Integration/Hilfen%20f%C3%BCr%20Fl%C3%BChtlinge/Ansprechpartner,%20Koordination%20Fl%C3%BChtlingshilfe,%20Projekt%2022MiKo-Myk%22/

ANKOMMEN – Netzwerk für Flüchtlinge im Saarland

Im Saarland wurde bereits im Januar 2014 das Netzwerk „ANKOMMEN“ aufgebaut, in dem sich Ehrenamtliche unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt und in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung in der Flüchtlingshilfe engagieren.

<http://www.ankommen-saarland.de/index.php?id=760>

Direkte Kooperationen zwischen Kirche, Kommune und Unterstützernetzwerken werden von vielen weiteren Verwaltungen als positive Beispiele der Flüchtlings- und Integrationspolitik benannt.

Weitere Steuerungsinstrumente, die sich zur Koordination bewährt haben, sind die Bildung eines Ehrenamtszirkels, der eng verknüpft mit Mitarbeitenden der Verwaltung arbeitet und die ehrenamtliche Arbeit in der Region koordiniert sowie die Benennung von ehrenamtlichen Asylbeauftragten.

In einigen Gemeinden wird die Hilfe in Arbeitsgemeinschaften, in denen Wohlfahrtsverbände, Vereine und die Verwaltung beteiligt sind, generell durch VerwaltungsentscheiderInnen begleitet. So wer-

den bürokratische Hürden zur Umsetzung der Projekte gesenkt, da die Entscheidungswege verkürzt werden.

Auch auf der Akteursebene hat sich die Verknüpfung von Ehrenamt und Fachkräften aus der Praxis bewährt. So werden des Öfteren Projekte als gelingend beschrieben, die in Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamtlichen initiiert und durchgeführt werden. Dadurch werden Qualität und Kontinuität in der Arbeit gesichert und es erfolgt eine stete Anerkennung des Ehrenamts durch die enge Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden aus Verwaltung und Fachpraxis. Zudem wird die Reichweite der Hilfen durch die Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen aus der Zivilgesellschaft erhöht.

Anerkennung der oben beschriebenen Arbeitskreise und Ehrenamtszirkel wird in Wäscheneuren bereits über einen längeren Zeitraum auch materiell geleistet, indem die entsprechenden Stellen mit einem „gewissen finanziellen Budget“ ausgestattet werden. Die Handlungsfähigkeit der Arbeitskreise für Flüchtlinge wird so erhalten und die Arbeit der Ehrenamtlichen gewürdigt und anerkannt.

Koordinierungszentrum für bürgerschaftliches Engagement in der Stadt Rosenheim

Die „Soziale Stadt Rosenheim“ als bereits bestehendes Koordinierungszentrum für bürgerschaftliches Engagement versteht sich auch in der Arbeit mit Flüchtlingen als Drehscheibe zur Vermittlung zwischen BürgerInnen und Hilfesuchenden.

<http://sozialestadt-rosenheim.de/index.php?id=flchtlinge>

Koordination der Flüchtlingshilfe in der Stadt Bremerhaven

Die Angebote der Flüchtlingshilfe in Bremerhaven werden in Deutsch, Englisch und Arabisch angeboten. Auf dieser Plattform werden Bedarfslisten geführt, Veranstaltungen beworben, Unterstützernetzwerke öffentlich gemacht sowie zu verschiedenen Themenbereichen ganz konkrete Hilfestellungen angeboten. Über Rubriken wie Kleidungsspenden, Möbelspenden werden auch potentiell kurzzeitig engagierte BürgerInnen angesprochen und Sachspenden effektiv verteilt.

<http://www.human-support-bremerhaven.de/>

7. HANDLUNGSFELD SCHULISCHE UND BERUFLICHE INTEGRATION

Die Bereitstellung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gehören zu den zentralen Aufgaben der Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. 83,1 Prozent bzw. 76,4 Prozent der Befragten bewerten sie als sehr wichtig oder wichtig. Knapp die Hälfte bis ein Viertel der Kommunen zählen gut ausgestattete Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen (48,5 % sehr zutreffen/zutreffend), zuwanderungsfreundliche Unternehmen (32,0 %) und einer günstigen Arbeitsmarktsituation (28,4 %) zu den wichtigsten Ressourcen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Im Ausbau von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen sowie in der Stärkung der Arbeitsmarktintegration werden aber auch besondere Unterstützungsbedarfe gesehen (85,8 % bzw. 83,5 % sehr wichtig/wichtig).⁹

In den Kommunen kann derzeit noch schwer abgeschätzt werden, wie gut die schulischen und beruflichen Perspektiven der Menschen sind, die in den letzten Monaten nach Deutschland gekommen sind. Ein sehr großer Teil dieser Menschen ist unter 25 Jahren alt. Durch Krieg, Vertreibung und Flucht hätten sie oft nicht die Möglichkeit gehabt, altersgemäße schulische oder berufsspezifische Qualifikationen zu erwerben, konstatieren MitarbeiterInnen des Landkreises Mayen-Koblenz. Ver-

⁹ Vgl. Gesemann/Roth 2016 (Fn.1), S. 13ff.

fügbare Daten zu AsylbewerberInnen aus dem Jahr 2015 würden jedoch darauf hindeuten, dass bei der schulischen Qualifikation das Gefälle zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung deutlich geringer sei als bei der beruflichen Qualifikation. Im Landkreis Mayen-Koblenz geht man davon aus, „dass bei Asylbewerbern ein erhebliches Potenzial besteht und dass sie durch gezielte Investitionen in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden können“.

Die Vermittlung in Arbeit wird von den befragten Kommunen als ein zentraler Baustein der Integration verstanden.

Als wichtige Voraussetzungen für eine spätere Vermittlung in Arbeit geben sie zum einen die Schaffung eines flächendeckenden Angebotes zur Sprachförderung und des Weiteren eine Kompetenzfeststellung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt an. Die Kommunen stehen daher vor der neuen Aufgabe, die AsylbewerberInnen nicht nur sprachlich zu qualifizieren, sondern ihnen darüber hinaus einen strukturierten Zugang zum Bildungssystem und Qualifizierungsmöglichkeiten für die Integration in den Arbeitsmarkt anzubieten.

Zu diesem Zweck haben einige Kommunen Instrumente entwickelt, um die Qualifikationen und Potentiale der Geflüchteten zu ermitteln, indem z. B. Lebensläufe und berufsbezogene Tätigkeiten der Menschen dokumentiert werden.

Profilingbogen für Flüchtlinge im Landkreis Mayen-Koblenz

Die Kreisverwaltung MYK hat einen eigenen Profilingbogen für Flüchtlinge entwickelt, um frühzeitig berufliche und schulische Qualifikationen zu erfassen und weitere Beratungsstellen einschalten zu können. Auch andere kommunale Verwaltungen/ Einrichtungen zeigen sich interessiert an den Bögen, so dass diese zwischenzeitlich weit über die Landkreisgrenzen hinaus genutzt werden.

Flüchtlingsbericht des Landkreises Mayen–Koblenz, Stand: 9. November 2015

https://www.kvmyk.de/kv_myk/Unsere%20Themen/Ausl%C3%A4nder%20&%20Integration/Hilfen%20of%C3%BCr%20Fl%C3%BCchtlinge/Fl%C3%BCchtlingsbericht%20des%20Landkreises%20Mayen-Koblenz%202015/Fl%C3%BCchtlingsbericht_2015_Internet.pdf

Die enge Zusammenarbeit zwischen Behörden (Agentur für Arbeit, städtischen Ämter innerhalb der Verwaltung, Kammern und Bildungsträgern) wird übergreifend von den Kommunen als wichtiges und wertvolles Element der Integration in den Arbeitsmarkt gesehen.

Die Stadt Hamburg beschreibt die Bündelung der Kompetenzen (u. a. Flüchtlingsberatung, Arbeitsverwaltung) an einem Ort zur Kompetenzermittlung, Beratung und Vermittlung als gutes Beispiel im Handlungsfeld berufliche Integration.

Projekt „Potentiale von Flüchtlingen erkennen und nutzen“ im Kreis Düren

Um das beträchtliche Potential von bisher nicht genutzten Ressourcen für den Arbeitsmarkt zu erschließen, sollen im Kreis Düren durch gezielte Ermittlung der mitgebrachten Potentiale, durch Beratung, Qualifizierung und Vermittlung die Teilhabemöglichkeiten von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen erhöht werden. Hierzu werden eine Beratungsstruktur aufgebaut und Bildungsmaßnahmen eingerichtet. Darüber hinaus werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanziert und in Praktikumsstellen, Freiwilligenarbeit und Arbeit vermittelt.

Obwohl die Arbeitsvermittlung eine bundespolitische Aufgabe ist, wird das Projekt mit kommunalen Mitteln und Sponsoren finanziert, um Folgekosten zu verringern, die bspw. durch Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit etc. für die Kommunen entstehen.

Qualifizierung von AsylbewerberInnen mit Hilfe von Kompetenzprofilen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Das Projekt verfolgt das Ziel bereits im ersten Jahr nach Ankunft in Deutschland Möglichkeiten späterer Beschäftigung zu erarbeiten, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Rahmen des Projektes soll der Zeitraum des faktischen Arbeitsverbotes sinnvoll genutzt und Bedarfe für die berufliche Qualifizierung ermittelt werden. Dies erfolgt zunächst auf der Grundlage einer Profilanalyse, in der Stärken und Qualifikationen erhoben werden. Das erstellte Kompetenzprofil wird genutzt, um die bestmögliche Weiterqualifizierung anzubieten, wie z. B. Sprach-, berufliche Qualifikations- und Freizeitkurse. Nach Projektende werden die Ergebnisse in Form einer Fachpublikation veröffentlicht und weiteren Einrichtungen und Kommunen zur Verfügung gestellt.

Lotsenhaus für Flüchtlinge in der Stadt Koblenz

Das Lotsenhaus für Flüchtlinge dient als zentrale Anlaufstelle für arbeitssuchende Flüchtlinge in Koblenz. Dort arbeiten insgesamt acht Einrichtungen (BA, IHK, HWK, Caritas, Kreisverwaltung MYK, Stadtverwaltung KO, Jobcenter MYK, Jobcenter Koblenz) zusammen, um zugewanderte Menschen bei der Integration in die Gesellschaft, Ausbildung und Arbeit zu begleiten, sie zu unterstützen und zu beraten.

<https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/.../16019022dstbai792961.pdf>

Auch die gezielte Abfrage potentieller Arbeitgeber seit 2013 direkt durch die Verwaltungen hat sich als geeignetes Instrument erwiesen, um den Arbeitsmarkt für AsylbewerberInnen zu erschließen. Zudem wurden vielerorts konkrete Informationsabende für ArbeitgeberInnen durchgeführt. Darüber hinaus verfügen einige Kommunen über ein Lotsenkonzept mit unterschiedlichen Schwerpunkten (u. a. Arbeitsmarktlotsen).

Für die gelingende Arbeitsmarktintegration sollten vorhandene Defizite im Bereich Bildung möglichst abgeschwächt werden. Die Geflüchteten sollten unterstützt werden, allgemeine Schulangebote oder berufsspezifische Bildungsangebote wahrzunehmen. Hierzu ist eine Vernetzung mit allen Bildungsakteuren und sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erforderlich (z. B. Bildungsträger, Kammern, Vereine, Initiativen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände).

Einrichtung eines Kommunalen Bildungskoordinators im Landkreis Mayen-Koblenz

Die Kreisverwaltung Mayen – Koblenz plant für 2016 einen Antrag beim Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Förderung eines „Kommunalen Bildungskoordinators für Flüchtlinge“ einzureichen. Ziel des Antrages soll sein, ein kommunales Bildungsmanagement für die Flüchtlinge einzuführen, damit diese frühzeitig in den Bereichen Sprache, Kultur, Schule, Beruf qualifiziert werden. Ziel des kommunalen Bildungsmanagements für Flüchtlinge soll sein, migrationsbedingte Defizite im Bereich Schule, Ausbildung, etc. abzubauen und AsylbewerberInnen zu fördern, damit diese möglichst gleichberechtigt am Unterricht und am Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt teilhaben können.

Bereits seit einer frühen Phase der Flüchtlingszuwanderung wurde das Thema „Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge“ in einigen Kommunen forciert. Neben den Aktivitäten der Jobcenter wurden zusätzliche Maßnahmen von Bildungsträgern eingekauft, die mit bereits vorhandenen speziellen Angeboten für Flüchtlinge verbunden werden, die sukzessive zur Arbeitsaufnahme hinführen sollen.

Regionale Integrationsinitiative im Landkreis Mayen-Koblenz

Teilnahme an der „Dehoga Integrationsinitiative 300“. Durch die Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative konnten erste AsylbewerberInnen aus dem Landkreis Mayen-Koblenz in eine Ausbildung/Einstiegsqualifizierung als „Fachkraft im Gastgewerbe“ vermittelt werden. Aufgrund der Erfolge in 2015 wurde die Integrationsinitiative mit 20 neuen TeilnehmerInnen zum Februar 2016 erneut begonnen.

www.dehoga-rlp.de/cms/iwebs/download.aspx?id=95016

Um Projekte wie diese gelingend umzusetzen, sind einige Hürden zu überwinden. Diese reichen von einem adäquaten Auswahlverfahren für Interessierte, Instrumente der Steuerung und Koordination bei der Akquise und Verteilung der Teilnehmenden auf Berufsschulen, der Vermittlung von Sprachkompetenz, der Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen für die gesamte Dauer der Ausbildung und der Sicherstellung einer besonderen Betreuung und Unterstützung (vgl. Gereon Haumann – Präsident Dehoga Rheinland-Pfalz, in: Eifel Zeitung, 12.05.2015).

Projekt „Migranten machen VHS“ in der Landeshauptstadt Stuttgart

Ziel des Programmbereichs „Migranten machen VHS/Interkultureller Dialog“ ist es, „Brücken zu bauen“ und die Teilnehmenden in ihrer beruflichen Laufbahn weiter zu bringen. Mit diesem Angebot möchte die VHS Stuttgart außerdem MigrantInnen als DozentInnen in ihr Programm einbeziehen, um von ihren Fähigkeiten, Kompetenzen und ihren Kenntnissen in einer anderen Kultur zu profitieren.

<http://www.vhs-stuttgart.de/home-kurse/kurse-und-veranstaltungen/migranten-machen-vhs/?size=30&kathaupt=1&katid=78&katname=Migranten%20machen%20vhs>

„Datenbank Migration“ in der Stadt Osnabrück

Die Stadt Osnabrück möchte im Frühjahr 2016 eine erste Version der „Datenbank Migration“ in Betrieb nehmen. Vor allem soll neben der Verknüpfung von Daten der Ausländerbehörde, der Jugendhilfe und der Sozialverwaltung auch ein Zugriff auf Daten der Arbeitsagentur und des Jobcenters möglich sein. Die Datenbank wird die Informationen unter Wahrung der Datenschutzrechte und je nach NutzerInnenbefugnis in Echtzeit tabellarisch, grafisch und raumbezogen – bspw. für Grundschuleingangsbezirke, auswerten können. Nach eigenen Angaben ist diese Datenbank einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland und wird Informationen in bisher ungekannten Maße aktuell, im Rahmen eines individuellen Abfrageprofils der NutzerInnen, schnell, präzise (amtliche Zahlen) und im Vergleich mit dem vorherigen personellen Aufwand mit reduziertem Verbrauch von Arbeitszeit zur Verfügung stellen.

Projekt „W.I.R.“ (Work and Integration for Refugees) in der Freien und Hansestadt Hamburg

Das Projekt W.I.R. ist ein Programm zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit nach dem Modell der Jugendberufsagentur. Bis zum Ende des Jahres 2016 sollen alle Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive im erwerbsfähigen Alter (mit Ausnahme der zeitweise oder dauerhaft nicht Erwerbsfähigen) bei der Bundesagentur für Arbeit registriert und deren Kompetenzen entwickelt werden, um eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

<http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4595800/2015-09-04-basfi-work-and-integration-for-refugees/>

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Das Ziel der Projektförderung durch AMIF ist, „Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auf Bildung und Aufstieg, persönliche Entfaltung, auf berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu bieten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. So sollen bestehende strukturelle Handlungsinstrumente in Deutschland ergänzt und weiterentwickelt werden. Die Maßnahmen sollen auch der Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur dienen.“

<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/EUFonds/AMIF/amif-node.html>

Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende in der Stadt Köln

Die Ausländerbehörde der Stadt Köln führt seit Anfang 2014 ein Projekt mit dem Ziel der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß Aufenthaltsgesetz für junge Menschen durch. Durch Kooperation von Ausländerbehörde, Sprachkursträgern, Jobcenter, Beratungsdiensten und Betrieben soll in unterschiedlichen Phasen dieses Ziel erreicht werden. Angefangen mit der Prüfung nach Aktenlage und persönliche Gespräche zur Akquise geeigneter TeilnehmerInnen sollen die Jugendlichen über die Teilnahme an Jugendintegrationskursen und die Beratung durch Jugendmigrationsdienste eine Praktikumsstelle vermittelt bekommen, um einen ersten Einblick in die Arbeitswelt zu erhalten. Nach bestandem „Deutsch-Test für Zuwanderer“ sollen die Jugendlichen in Berufskollegs integriert werden, die sowohl die Möglichkeiten des Erwerbs des Hauptschulabschlusses als auch zum Übergang in eine Berufsausbildung bieten.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp? kvonr=43793>

8. HANDLUNGSFELD WOHNEN

Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen gehört für die befragten Städte, Landkreise und Gemeinden zu den zentralen Aufgaben bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, wobei die dezentrale Unterbringung in Wohneinheiten von den Befragten als wesentlich wichtiger bewertet wird als die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Mittelwerte 4,54 vs. 3,37).¹⁰ 90,7 Prozent der Befragten sehen in einer dezentralen Unterbringung von Geflüchteten eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe.¹¹ Immerhin ein Viertel der befragten Kommunen sieht in einem entspannten Wohnungsmarkt sogar eine wichtige Ressource für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen.¹²

¹⁰ Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig).

¹¹ Vgl. Gesemann/Roth 2016, S. 14ff.; S. 41.

¹² Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen städtischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen (vgl. Gesemann/Roth 2016 [Fn.1], S. 17f.)

Bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen scheinen vor allem zwei Aspekte relevant zu sein: zum einen die Verteilung der Geflüchteten auf alle Gebiete der Kommune und zum anderen die dezentrale Unterbringung in Wohngemeinschaften, Mietwohnungen oder Einrichtungen mit nicht mehr als 50 Plätzen, die von der Gemeinde/Stadt angemietet werden.

Dabei setzen bereits jetzt einige Kommunen innovative Konzepte der Wohnraumversorgung um, die Teil eines übergeordneten Gesamtkonzepts zur Integration der Menschen mit Fluchthintergrund sind.

Bei den genannten Beispielen guter Praxis werden fast übergreifend Anstrengungen sichtbar, die darauf ausgerichtet sind, die Neuankommenden dezentral, unter Beachtung einer hinreichend vorhandenen Infrastruktur unterzubringen. Dabei geht es nach Angaben der Befragten darum, einerseits Wohnraum bereitzustellen, der adäquat für die Menschen und Familien mit Fluchthintergrund ist und diese nicht isoliert. Andererseits muss die Zahl der angesiedelten Flüchtlinge in einem angemessenen Verhältnis zu der im Sozialraum ansässigen Wohnbevölkerung stehen. In den Darstellungen der Kommunen wird dies als ein Balanceakt beschrieben, bei dem die Sorge vor „Überfremdung“ durch ein unausgewogenes Wohnraummodell nicht nur der Bevölkerung zugeschrieben wird, sondern sich diese Sorge auch auf Ebene einiger Verwaltungen rekonstruieren lässt.

Konzept zur Wohnraumversorgung in der Stadt Osnabrück

Der Rat der Stadt Osnabrück hat bereits im Dezember 2013 einstimmig das Flüchtlingskonzept verabschiedet, das sukzessive umgesetzt wird. Mit dem Konzept reagiert die Stadt Osnabrück auf die steigenden Zuzugszahlen von Flüchtlingen hinsichtlich der Unterbringung und Beratung sowie Begleitung. Die Koordinierungsstelle Flüchtlingssozialarbeit setzt das innovative Konzept um.

http://redaktion1.itebo.de/cms/ImageCache/0C93F72B3FB24F329EB432CEA7BC43B4/B5820F13DF6D4C7D89679FCEFA23B805/20/2014-12-17_Fluechtlingskonzept_aktuell.pdf

Mediationsprozess zur Wohnraumversorgung in der Stadt Münster

Erfahrungen aus der Stadt Münster haben gezeigt, dass unausgewogene Wohnraumkonzepte zu „erheblichen Unruhen und Konflikten“ zwischen Menschen mit Fluchthintergrund aber auch zwischen AnwohnerInnen und Flüchtlingen geführt haben. Aus diesem Grund wurde in einem bislang einzigartigen Mediationsprozess 2000 bis 2001 zwischen den Ratsfraktionen, den Bezirksvertretungsfraktionen, den BezirksvorsteherInnen, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates, der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Münster, der Polizei, Unterstützerorganisationen Vertretungen der Religionen und der Verwaltungen (Allgemeine, Bauverwaltung und Sozialverwaltung) ein dezentrales Unterbringungskonzept erarbeitet, welches seinen Abschluss in einer entsprechenden Ratsvorlage fand. Durch diesen Paradigmenwechsel, der von den beteiligten Akteuren mitgetragen wurde, ist die Stadt davon abgewichen, Flüchtlinge in Großeinrichtungen unterzubringen. Wegen der seit 2012 ansteigenden Bedarfe wurde der Mediationsprozess aus dem Jahr 2000 neu aufgesetzt und 2014 wurden die Prinzipien der Unterbringung und Betreuung bestätigt.

Jochen Köhnke: *Kreative politische Konzepte der Flüchtlingsaufnahme in Münster*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *WISO direkt*, September 2014. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10949.pdf>

Stadt Münster 2014: *Neue Standorte für Flüchtlingseinrichtungen - Ergebnis des Mediationsprozesses 2014*
https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?_kvonr=2004038091

„Lübecker Weg“

In der Hansestadt Lübeck hat sich das als „Lübecker Weg“ bezeichnete Konzept im Umgang mit der Aufnahme von Menschen im Asylverfahren bewährt. In Lübeck wird dabei der Schwerpunkt auf eine „gelebte Willkommenskultur“ gelegt, bei der die Neuankommenden von Anfang an persönlich (z. B. durch ehrenamtliche Patenschaften) begleitet werden.

http://www.luebeck.de/lvw_docs/forms/2/2_500/Der_L_becker_Weg.pdf

Kasseler Modell: Erst Flüchtlings-Unterkunft, später Mietwohnungen

Einen anderen Weg beschreitet die Stadt Kassel. Hier werden gemeinsam mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Bauprojekte umgesetzt, die auf nachhaltige Nutzung abzielen. Die Einrichtungen sollen die ersten sieben Jahre als größere Flüchtlingsunterkünfte dienen und danach als Mietraum „für einkommensschwache Haushalte“ zur Verfügung gestellt werden.

<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/926141F.html?CFID=21983791&CFTOKEN=20646941>

Stadt Augsburg: Grandhotel Cosmopolis – Hotel mit und ohne Asyl

In der Stadt Augsburg wurde ein ehemaliges Pflegeheim zu einem Hotel, einer Flüchtlingsunterkunft und zu einem Atelier für Künstler. Seit Juli leben ca. 60 Menschen aus verschiedenen Ländern in der Gemeinschaftsunterkunft. Die Asylsuchenden werden eng in den Alltagsbetrieb einer Bürgergaststätte und der Kulturangebote des Projektes eingebunden, leben aber in einem geschützten Bereich des Hotels. Der Erfolg des Projektes beruht auf der engen Einbindung Asylsuchender in soziale und kulturelle Aktivitäten, bei denen auch vorhandene Kompetenzen und Fähigkeiten genutzt werden. Die Projektträger haben im Jahr 2015 mehrere Konferenzen und Workshops durchgeführt, um die gesammelten Erfahrungen an andere Projekte bundesweit weiterzugeben und ein Netzwerk mit Projekten mit ähnlichen Ansätzen aufzubauen.

<http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/62847.asp?version=mobile>

Frauen-Flüchtlingseinrichtung und Asylsozialberatung in der Landeshauptstadt München

Um den besonderen Schutzbedürfnis für Flüchtlingsfrauen mit und ohne Kinder bei der Unterbringung nachzukommen, haben die paritätischen Träger Condrobs, Frauenhilfe und pro familia ein Kooperationsbündnis gegründet und die erste reine Frauen-Flüchtlingsunterkunft als Überbrückungsunterkunft zum Jahresbeginn 2016 eröffnet. Frauen, die auf eigenen Wunsch hin getrennt von Männern untergebracht werden möchten, insbesondere dann, wenn sie allein geflüchtet sind, können hier vor Gewalterfahrungen umfassend geschützt werden. Eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung für die Frauen mit und ohne Kinder wird hier, neben einer frauenspezifischen Beratung gewährleistet.

Bereits im November 2015 ist auf Initiative des Kooperationsbündnisses eine Asylsozialberatung mit dem Fokus auf Familien und allein geflüchtete Frauen mit oder ohne Kinder entstanden. In der Asylsozialberatung werden Menschen begleitet, betreut und beraten zu Fragen des Asylverfahrens und ggf. in weiterführende Hilfen vermittelt. Überdies werden AsylbewerberInnen darin unterstützt, sich in der für sie fremden Kultur und Gesellschaftsordnung zurechtzufinden.

<http://frauenhilfe-muenchen.de/frauen-fluechtlingseinrichtung.php>

9. HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT

Die gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung gehört für die befragten Städte, Landkreise und Gemeinden nicht zu den besonders vorrangigen Aufgaben bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Von knapp zwei Dritteln der Befragten wird sie dennoch als sehr wichtig oder wichtig bewertet (63,4 %). Fast drei Viertel der Befragten sehen einen besonderen Unterstützungsbedarf ihrer Kommune bei der Entlastung bei den Kosten der Gesundheitsversorgung (72,9 % sehr wichtig/wichtig).¹³

Viele Menschen mit Fluchthintergrund finden sich im komplexen deutschen Gesundheitssystem nicht oder nur schwer zurecht. Akteure der Verwaltungen benennen als Gründe hierfür vor allem sprachliche und kulturelle Barrieren, etwa ein kulturell bedingtes anderes Gesundheits- und Krankheitsverständnis, welches erschwerend zu den bestehenden Informationsdefiziten hinzukommt. Entsprechend würden diese Menschen z. B. Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und allgemeine Vorsorgeuntersuchungen seltener in Anspruch nehmen oder kennen diverse Leistungen des deutschen Gesundheits- und Pflegesystems nicht.

Dolmetscherdienst zur Erledigung von Beratungs- und Untersuchungsaufgaben in der Landeshauptstadt München

Der Dolmetscherdienst ist eine Maßnahme der kulturellen Öffnung mit dem Ziel, gute Rahmenbedingungen für Beratungen und Untersuchungen sowohl für Fachkräfte als auch für KlientInnen/PatientInnen zu ermöglichen. Der Dienst wird stark in Anspruch genommen und wird aus kommunalen Mitteln finanziert. Zudem finden regelmäßig Schulungen zur effektiven Nutzung von Dolmetscherdiensten für Fachkräfte der Verwaltung statt.

Gesundheitsvorsorge für Menschen in Unterkünften in der Landeshauptstadt München

Die Gesundheitsvorsorge für Menschen in Unterkünften ist eine aufsuchende Gesundheitsberatung für AsylbewerberInnen und Wohnungslose in Gemeinschaftsunterkünften. Ein multiprofessionelles Team aus Familienhebammen, Gesundheits- und KinderkrankenpflegerInnen bieten Beratung im individuellen Setting und als Gruppenveranstaltungen. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten der Unterkünfte, den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen, den Krankenhäusern, den regionalen und kommunalen Behörden, der Regierung von Oberbayern sowie den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Im individuellen Setting werden neben der Beratung auch praktische Anleitungen und Unterstützungen zu Themen wie z. B. dem Stillen, zum Umgang mit Säuglingen oder zu Pflegemaßnahmen bei einer Erkältung gegeben. Darüber hinaus vermitteln und begleiten (bei Bedarf) die Fachkräfte die Menschen in psychosoziale Hilfen, in die kurative Versorgung sowie in diverse weitere Hilfen und Angebote.

In den Gruppenveranstaltungen werden Informationen zum deutschen Gesundheitssystem, zu Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern, zu Themen der Gesundheitsförderung wie Hygiene oder Zahnpflege sowie Themen zur Prävention wie Unfallverhütung oder Impfung gegeben.

¹³ Vgl. Gesemann/Roth 2016, 14ff.

Gesundheitsprojekt MiMi („Gesundheit mit Migranten für Migranten“) in Niedersachsen

Um sprachliche und kulturelle Barrieren abzubauen, wurden z. B. in Göttingen im Jahr 2010 vom Büro für Integration in Kooperation mit dem Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. (EMZ) 14 MigrantInnen zu interkulturellen GesundheitsmediatorInnen ausgebildet, zertifiziert und seitdem kontinuierlich fortgebildet. Sie übernehmen die wichtige Aufgabe gesundheitlicher Aufklärung in der eigenen Familie und der Community z. B. in Informationsveranstaltungen in Kindergärten, Stadtteileinrichtungen, islamischen Gemeinden oder aktuell in Wohnanlagen für Flüchtlinge. Die GesundheitsmediatorInnen informieren kultursensibel in 12 verschiedenen Sprachen über verschiedene gesundheitsbezogene Themen. Die Themen des Projektes sprechen alle Generationen an und fördern den Bekanntheitsgrad gesundheitsbezogener Angebote in Göttingen. Dieses Projekt verbessert die Zugänge zum deutschen Gesundheitssystem und befördert zudem die interkulturelle Öffnung der Gesundheitsdienste.

http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=33

10. FAZIT

Viele Städte, Landkreise und Gemeinden verfügen nicht nur über langjährige Erfahrungen in der Aufnahme und Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund, sondern haben im letzten Jahrzehnt in großer Zahl Konzepte, Strategien und Instrumente für eine erfolgreiche Integrationspolitik entwickelt. Die vorliegende Handreichung zeigt, wie Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf diese Erfahrungen zurückgreifen und sie um flüchtlingspolitische Antworten ergänzen. Sie entwickeln und erproben Instrumente in allen integrationsrelevanten Handlungsfeldern, von Sprache und Begegnung über Engagement und Engagementförderung bis zu Wohnen und Gesundheit.

Diese Sammlung von Beispielen guter Praxis zeigt, welche große Bedeutung den Themenfeldern Begegnung, Engagement und Engagementförderung sowie Beteiligung der Bevölkerung in Städten, Landkreisen und Gemeinden zukommt. Integration und Teilhabe von Geflüchteten werden vermutlich dort am ehesten und nachhaltigsten gelingen, wo eine lebendige und starke Zivilgesellschaft durch eine aktive und langfristig ausgerichtete Engagement- und Integrationspolitik der Kommune anerkannt und unterstützt wird. Die Ergebnisse unserer Kommunalbefragung sowie die berichteten eindrucksvollen Beispiele guter Praxis zeigen, wie sich mit der Flüchtlings- und Integrationspolitik ein lokales Handlungsfeld zu entwickeln beginnt, das seine besondere Produktivität durch eine gleichberechtigte und gestaltende Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und engagierter Bürgerschaft gewinnt.

Die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik in Deutschland ist aktuell durch eine große Vielfalt gekennzeichnet. Städten, Landkreisen und Gemeinden mit einer aktiven und strategisch ausgerichteten Integrationspolitik stehen Kommunen gegenüber, die noch dabei sind, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten als wichtiges kommunales Handlungsfeld zu entwickeln und auszugestalten. Zur Stärkung einer erfolgreichen kommunalen Integrations- und Vielfaltspolitik benötigen Städte und Gemeinden nicht nur eine nachhaltige Unterstützung von Bund und Ländern, sondern sie müssen auch lokale Ressourcen durch eine Stärkung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen erschließen. Und es wird es darauf ankommen, die in Kommunen gemachten Erfahrungen mit guter Praxis weiterzutragen und zu verbreiten. Dazu möchte diese Handreichung beitragen.

Weitere Handreichungen und Leitfäden zu erfolgversprechenden Handlungsansätzen und Beispielen guter Praxis vor Ort

PRO ASYL/ Amadeo Antonio Stiftung (Hrsg.) 2014: Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten. Köln/ Berlin: PRO ASYL Förderverein/ Amadeo Antonio Stiftung.

Internet: http://www.amadeo-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_willkommen.pdf

gsub (Hrsg.) 2016: Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus. Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort: Berlin: gsub-Projektgesellschaft, Beratungsprojekt „Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus“.

Internet: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Sonstiges/ba_Handreichung_Willkommenskultur_vs_Rechtsextremismus.pdf

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt): Flüchtlingsmanagement – gute Beispiele aus der kommunalen Praxis. Köln.

Internet: <https://www.kgst.de/produkteUndLeistungen/fluechtlingsmanagement/Fluechtlinge-Uebersicht-guter-Beispiele-aus-Kommunen.dot>

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) 2016: Lokale Flüchtlingshilfe, nachhaltige Integrationsmaßnahmen vor Ort und Identität stiftendes Quartiersmanagement. Ausgewählte „Best-Practice“-Beispiele zusammengestellt von der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Stand: 2. März 2016. Philip Lerch/ Dr. Thomas Arndt/ Oliver Thomas Rau. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, KommunalAkademie.

Internet: http://www.kas.de/wf/doc/kas_43128-544-1-30.pdf

PHINEO (Hrsg.) 2016: Begleiten, Stärken, Integrieren. Ausgezeichnete Projekte und Ansätze für Flüchtlinge in Deutschland. Berlin: PHINEO.

Internet: www.phineo.org/downloads/PHINEO_TR15_Fluechtlinge.pdf

Pro Asyl 2015: Herzlich willkommen. Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann. Frankfurt am Main: Pro Asyl.

Internet: https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO_ASYL_Leitfaden_Herzlich_Willkommen_Mai_2015.pdf

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen 2016: Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration.

Internet:

https://www.google.de/?hl=de&gl=de&gws_rd=ssl#hl=de&gl=de&q=Handlungsleitfaden+Fl%C3%BCcchlingsintegration

Stiftung Bürgermut, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) (Hrsg.) 2016: Refugees. Richtige gute Projekte, Tipps & Tools. Gutes einfach verbreiten. Berlin: Stiftung Bürgermut

Internet: http://www.bagfa.de/fileadmin/Materialien/Gefluechtete/E-Book_Refugees_web.pdf

Aktuelle Veröffentlichungen des DESI Instituts zu den Themen Migration, Flucht und Integration

Jutta Aumüller: **Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen.** Gütersloh 2016: Bertelsmann Stiftung

Jutta Aumüller: **Flüchtlingzuwanderung und bürgerschaftliches Engagement.** Betrifft: Bürgergesellschaft 42, Februar 2016. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Jutta Aumüller, Priska Daphi, Celine Biesenkamp: **Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement.** Stuttgart 2015: Robert Bosch Stiftung

Frank Gesemann: **Bürgerschaftliches Engagement und niedrigschwellige Instrumente in der Flüchtlingshilfe.** In: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 24/2015. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Frank Gesemann: **Integrationslotsenprojekte in Deutschland im Überblick: Konzepte, Einsatzfelder und Finanzierung.** Berlin 2015: Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Frank Gesemann: **Kommunale Integrationspolitik.** In: Heinz Ulrich Brinkmann/Martina Sauer (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden 2016: Springer VS

Frank Gesemann: **Kommunale Flüchtlingspolitik.** In: Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen. 2. Auflage. Stuttgart 2016: Kohlhammer [in Vorbereitung]

Frank Gesemann, Roland Roth: **Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik.** Ergebnisse einer Online-Befragung von Kommunen. Berlin 2016: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Frank Gesemann, Roland Roth: **Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik.** Ergebnisse einer Umfrage bei Städten, Landkreisen und Gemeinden. In: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 12/2016

Frank Gesemann, Roland Roth: **Engagement im Quartier.** BBSR-Online-Publikation 04/2015. Bonn 2015: Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Frank Gesemann, Roland Roth: **Engagement im Quartier.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 14-15/2015, 30. März 2015, S. 35-42

Pressemitteilung vom 02. Juni 2016

Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik – Ergebnisse einer Umfrage bei Städten, Landkreisen und Gemeinden

Die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen ist seit dem Sommer 2015 in vielen Orten zur zentralen kommunalpolitischen Herausforderung geworden. Das *DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration* hat mit einer Umfrage erhoben, wo Städte, Landkreise und Gemeinden aktuell zentrale Aufgaben und Herausforderungen, wichtige Ressourcen und besondere Unterstützungsbedarfe bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sehen.

Die Umfrage richtete sich an die Verantwortlichen für die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik. An ihr haben sich im Erhebungszeitraum vom 25. Januar 2016 bis zum 05. März 2016 insgesamt 270 Städte, Landkreise und Gemeinden beteiligt. Die Erhebung wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration unterstützt. [Bericht Kommunale-Fluechtlings-und-Integrationspolitik](#)

ZENTRALE ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG VON KOMMUNEN

Bürgerschaftliches Engagement als zentrale Ressource

Im starken freiwilligen Engagement der Bevölkerung sehen die Kommunen die wichtigste Ressource für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen. Dies betonen nahezu 90 Prozent aller befragten Kommunen. Drei von vier Kommunen verweisen zudem auf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen und heben die Offenheit und das Engagement ihrer Vereine hervor. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Einrichtungen sind vielerorts zu Anlaufstellen einer engagierten Bürgerschaft geworden.

Kommunen sind bereits im Integrationsmodus angelangt

Die große Mehrzahl der Kommunen stellt sich bereits der Aufgabe, die Geflüchteten und Zugewanderten zu integrieren. Die Integration vor Ort hat längst begonnen und wird von Städten, Landkreisen und Gemeinden nicht als Aufgabe angesehen, der man sich erst in Zukunft widmen wird. Dezentrale Unterbringung, Sprache und Bildung sowie Information, Engagement und Beteiligung der Bevölkerung werden von den Kommunen als die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen angesehen. Kommunen sind dabei in einer Vielzahl von Handlungsfeldern gefordert, damit Integration gelingt.

Integration von Flüchtlingen als lokale Gemeinschaftsaufgabe

Gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune sowie die Koordination und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung rangieren an zweiter Stelle bei der Frage nach den wichtigsten kommunalen Ressourcen. Dies bestätigen vier von fünf bzw. mehr als zwei Drittel der Kommunen. Mehr als 80 Prozent der Kommunen sehen in der Information und Einbindung der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe. Mit der Flüchtlings- und Integrationspolitik beginnt sich offensicht-

lich ein lokales Handlungsfeld zu entwickeln, das zentral auf produktive Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und engagierter Bürgerschaft setzt.

Noch immer große Offenheit für Flüchtlinge

Mehr als zwei Drittel der Kommunen heben eine positive Grundstimmung und eine ausgeprägte Offenheit in der lokalen Bevölkerung hervor. Bei der Frage nach den zentralen kommunalen Aufgaben und Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen landet das Thema fremdenfeindliche Proteste auf dem letzten Platz. Weniger als die Hälfte aller Kommunen sehen deren Einhegung und Prävention als vordringlich an. Dieses Bild steht im Widerspruch zu öffentlichen Debatten, in der die Abwehr gegenüber Flüchtlingen in der lokalen Bevölkerung nicht selten überbetont wird.

„Wir können Integration“

Kommunen verfügen nicht nur über eigene integrationspolitische Erfahrungen, sondern haben in der Vergangenheit in großer Zahl Grundstrukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik entwickelt. Drei von vier Kommunen messen der Integration der Zugewanderten einen hohen Stellenwert bei und fast die Hälfte sieht in einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik eine wichtige Ressource. Dazu gehört für eine Mehrheit der befragten Kommunen die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe, die Vernetzung der zentralen Akteure in der kommunalen Integrationsarbeit sowie Konzepte und Leitbilder zur Integration von Menschen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte.

Kommunen benötigen dringend zusätzliche und verlässliche Ressourcen

Dezentrale Unterbringung in Wohnungen, Sprachlernangebote, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Zugänge zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt werden von den Kommunen als zentrale Herausforderungen benannt. Für diese klassischen Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik sind zusätzliches Personal und eine erweiterte finanzielle Unterstützung unabdingbar. Mehr als 90 Prozent der befragten Kommunen sehen in der verbesserten Kostenerstattung durch Bund und Länder eine zentrale Gelingensbedingung ihrer kommunalen Integrationsanstrengungen.

Integration von Flüchtlingen als föderale Gemeinschaftsaufgabe

Mehr als 90 Prozent aller befragten Kommunen sehen in der verbesserten Koordination der Flüchtlingspolitik im Bundesstaat eine große Herausforderung. Zudem erwarten mehr als drei Viertel aller Kommunen Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik. Dabei sind sie durchaus bereit, ihre besondere Rolle als lokale Integrationsmotoren wahrzunehmen. Offensichtlich klafft zwischen dem wohlfeilen Bekenntnis „Integration findet vor Ort statt“ und der Bereitschaft, die Kommunen im föderalen Gefüge mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, eine erhebliche Lücke. Sie ist durch die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik noch größer geworden.

Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Roland Roth

Kontakt

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)

Nymphenburger Str. 2, 10825 Berlin, Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de; Internet: www.desi-sozialforschung-berlin.de